

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Bl., monatlich 4,80 Bl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Bl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Bl., monatlich 5,39 Bl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Bl., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige halbe Millimeterzeile 125 Groschen. Danzig 10 bis 80 Dg. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzverdrängung und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 10 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847

Nr. 201.

Bromberg, Donnerstag den 3. September 1931.

55. Jahrg.

Entschliebung

des VII. Europäischen Nationalitäten-Kongresses.

Der VII. Europäische Nationalitäten-Kongress ist am Montag mit der Annahme folgender Entschliebung abgeschlossen worden:

„Der VII. Kongress der organisierten Nationalitäten in den Staaten Europas stellt fest: In den durch Minderheitenschutz gebundenen Staaten fehlt ebenso wie in den vertraglich nicht gebundenen Staaten nach wie vor das Verständnis für das Nationalitätenproblem. Die verfassungsmäßig und völkerrechtlich verbürgten Rechte der anderen nationalen Staatsbürger werden mißachtet. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Gleichheit vor dem Gesetz, die kulturelle Freiheit sind fast nirgends vorhanden. Nicht einmal die Staatsangehörigkeit ist gesichert. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden die anders nationalen Staatsbürger bewußt zurückgesetzt und benachteiligt. Schärfer als je wird die Assimilation betrieben. Mit polizeilichen und militärischen Machtmitteln sind sogar Exekutionen gegen Leben und Eigentum eigener Staatsbürger unternommen worden, die allgemein Entsetzen erweckt haben. Die vorangegangenen Kongresse haben festgestellt: Die Achtung des Volkstums ist eine unentbehrliche Voraussetzung der Befriedung Europas. Der Ausbau des Rechtsschutzes für alle Minderheiten ist daher eine der dringlichsten Aufgaben des Völkerbundes.“

Der VII. Nationalitätenkongress muß aber feststellen, daß selbst die an den Völkerbund gerichteten Eingaben über schwerste Angriffe gegen Leben und Eigentum eine Behandlung erfahren, die bei den Betroffenen das Vertrauen in seinen Schutz erschüttert. Der VII. Nationalitätenkongress beschließt deshalb: Das Präsidium wird beauftragt, dem Völkerbund den Ernst der Lage vorzustellen und vor allem die Notwendigkeit der Änderung der Behandlung der Eingaben von Minderheitsangehörigen in lebenswichtigen Fragen zu betonen.“

Zu dieser Entschliebung ist nicht mehr viel zu bemerken. Sie ist der Schlusssatz zu der umfangreichen Materialsammlung, die über die verzweifelte Lage der europäischen Minderheiten auf dem jetzt beendeten Kongress herausgegeben wurde. Und auch diese Materialsammlung kann nach Lage der Dinge nur ein Auszug und keine erschöpfende Darstellung sein.

Es entsteht die Frage: hat solch ein Appell nach zehnjährigem Schreien überhaupt noch einen Zweck? Und weiter — ist es geraten, die Klagelieder zu sammeln und dadurch das ganze Problem, das einer individuellen Abhilfe zunächst bedarf, unter eine gemeinsame Ideologie zu stellen, die gewiß den gemeinsamen Nenner bringt, aber auch die Gegnerschaft vergrößert. Es gibt Gründe genug, die dafür und davor sprechen. Wenn das Weltgewissen noch schläft, vielleicht kann man es wecken. Wenn die mangelnde Weltseele die Erde küßt und leer erscheinen läßt, wie am Anfang der Schöpfungsgeschichte, vielleicht kann man bei solcher Not den göttlichen Odem der Gerechtigkeit doch vom Himmel herabzwingen. Andere Völker, die weniger zu ertragen hatten, haben länger gerufen und wurden erhört.

Man darf die Berichte über den Nationalitätenkongress nicht schließen, ohne auf das seltsame Verfahren hinzuweisen, mit dem die beiden Abgeordneten vom polnischen Regierungsblock Boguslawski und Pemny als Vertreter der Ukrainer die Zulassung verlangten und ebenso ein sogenannter „deutscher Vertreter“ von dem genugsam bekannten „Kultur- und Wirtschaftsbund“, der zur Spaltung der Deutschen in Polen errichtet wurde. Es ist selbstverständlich, daß der Kongress diese Vertreter nicht zugelassen hat.

Wir erheben die Frage: wozu ein Schrei der Enttäuschung würde sich wohl erheben, wenn ein germanisierter Pole in Deutschland die Zulassung zum Minderheitenkongress verlangte, um dort die wesentlich kleineren Härten, die ihn und wieder noch der polnischen Minderheit widerfahren mögen, zu bagatellisieren oder ganz zu leugnen. Es ist kein Gewinn für eine Regierung, wenn sie mit den schwachen Gemütern unter den Minderheiten paktieren will und die aufrechten Charaktere zurückstößt, besonders dann, wenn diese aufrechten Männer sich auf eine Geschlossenheit berufen, die von ihnen vertretenen Minderheit berufen können, und dabei immer wieder den guten Willen mit der Tat bekräftigen, eine legale Politik zum Besten des Staates zu treiben?

Wir möchten als sicher annehmen, daß der ermordete Solowko von solchen Machenschaften nichts wissen wollte. Man sollte an seinem frisch geschütteten Grabhügel auch diese falsche Politik begraben, die im Inland wie im Ausland mit untauglichen Mitteln kämpft und deshalb nur den einen Erfolg haben kann, daß sie dem Schade, der sie betreibt.

Das Deutsche Gymnasium in Dirschau geschlossen!

Dirschau, 2. September. (Eig. Drahtmeldung.) Nach dem Fortgang des bisherigen Leiters des Deutschen Gymnasiums in Dirschau sieht das polnische Schulkuratorium diese Schule als aufgehoben an und macht die Erteilung einer neuen Konzession an den neuen Leiter, Dr. Lattemann, von den verschiedensten Bedingungen abhängig, deren restlose Erfüllung unmöglich ist. So wird u. a. der Neubau des Schulgebäudes verlangt, den man nicht über Nacht hinstellen kann, nachdem man den Deutschen alle guten Schulgebäude für polnische Schulen fortzunehmen

beliebt. Trotz aller Bemühungen des Deutschen Schulvereins in Dirschau ist es nicht einmal möglich gewesen, eine vorläufige Konzession zu erhalten. Die etwa 150 deutschen Kinder, die das Deutsche Gymnasium besuchen, müssen infolgedessen am heutigen Mittwoch bei Beginn des neuen Schuljahres nach Hause geschickt werden.

Der deutschen Elternschaft hat sich infolge dieses Verhaltens der polnischen Behörden eine große Erregung bemächtigt.

Die Klagen der Ukrainer

auf dem Genfer Nationalitäten-Kongress.

Aus Genf wird dem „Kurjer Poznański“ am 31. August berichtet:

Am Sonnabend begann in Genf der 7. Kongress der nationalen Minderheiten. Es ist dies wieder eine Kumpfvorstellung, da daran die polnischen Minderheiten in Europa und besonders die Vertreter der Minderheiten in Deutschland nicht teilnehmen. Das Präsidium des Kongresses liegt in den Händen des Herrn Wilfan. Im Namen der ukrainischen Gruppe in Polen sprach die Delegierte Frau Rudnicka, die Polen so heftig angriff, daß selbst der Vorsitzende Dr. Wilfan sie zweimal unterbrechen mußte. Die Frau Abgeordnete Rudnicka begnügte sich nicht mit den Anklagen, die die Ukrainer in dem Sammelwerk über einzelne Minderheiten veröffentlicht haben, und das aus Anlaß des Kongresses der Minderheiten erstehen ist. Sie erweiterte die Anklage und behauptete, daß der Terror in Ostgalizien weiter wüthete. Die ukrainische Frage, so argumentierte die Rudnicka, hat einen besonderen Charakter aus drei Gründen:

1. Die Ukrainer stellen in Ostgalizien die Mehrheit und nicht die Minderheit dar.
 2. Die ukrainische Frage ist international, sowohl auf Grund des Minderheitenschutz-Vertrages als auch auf Grund des Beschlusses des Völkervertrages, wodurch Polen die Verpflichtung auferlegt wurde, den Ukrainern eine territoriale Autonomie zu gewähren.
 3. Die Ukrainer haben keinen eigenen Staat.
- Zum Schluß stellte die Frau Abg. Rudnicka zwei Anträge, nämlich der Kongress solle die „Befriedungs-Aktion“ in Galizien verurteilen, und der Kongress solle vom Völkerbund fordern, die ukrainischen Klagen auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerbunds zu setzen.

Nach einem Ausfall gegen die in Genf anwesenden Führer der Deutschen in Polen schreibt der „Kurjer Poznański“ weiter: „Wie schon erwähnt, ist aus Anlaß des Minderheitenkongresses in Genf ein umfangreiches Sammelwerk erschienen unter dem Titel „Die Minderheiten in den europäischen Staaten“. Bearbeitet ist das Buch von dem Sekretär des Kongresses Ammende. Das Buch erwähnt, wie der „Kurjer Poznański“ schließt, nichts von den Polen, den Dänen und den Kaufleuten in Deutschland. (Warum haben sich diese Minderheiten auch von dem Kongress zurückgezogen! D. R.) Dagegen schadet es wo es nur kann, Polen. Es wird darin z. B. von angeblichen Judenpogromen in Lodz und in Radom berichtet.“

Vorläufiger Verzicht auf den Zollunions-Plan.

Wien, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Neue Freie Presse“ aus Genf meldet, gilt es fast als sicher, daß Schober und Curtius in der Sitzung der Europa-Kommission erklären werden, daß Deutschland und Österreich ihren Zollunions-Plan vertagen. Die beiden Staatsmänner werden sich dabei auf den Bericht des Sachverständigen-Komitees der Europa-Konferenz beziehen, die die Notwendigkeit der Bildung eines einheitlichen europäischen Marktes mit Hilfe von Zollunionen empfehlen. Der Bericht betont, man soll sich hüten, den erwähnten wirtschaftlichen Fusionen einen Sondercharakter zu geben, und auf diese Weise dritte Staaten zu gefährden. Infolge der Verschiebung des Termins der Veröffentlichung des Gutachtens des Haager Schiedsgerichtshofs ist es noch nicht sicher, ob Schober und Curtius schon jetzt ihre Erklärung abgeben werden.

Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge ist der Text der Erklärung Schobers und Curtius noch nicht festgesetzt; in dieser Frage schweben noch Verhandlungen. Die Franzosen fordern den vollen Verzicht auf den Plan. Dr. Curtius erklärte Wiener Pressevertretern, daß von einem solchen vollkommenen Verzicht nicht die Rede sein könne. Deutschland siehe auf seinen Österreich und werde trotz der Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, auf die Solidarität mit Österreich nicht verzichten.

Dem Korrespondenten des „Neuen Wiener Tageblatts“ erklärte Dr. Curtius folgendes: Seit dem März-Protokoll

trat eine finanzielle Katastrophe ein. Deutschland und Österreich wurden von der Finanzkrise schwer betroffen; doch jetzt haben sich neue Wege zur wirtschaftlichen Konsolidierung gezeigt. Möglich ist daher die Verschiebung des Zollunions-Planes. Dr. Curtius betonte, daß Österreich eine finanzielle Hilfe brauche und daß sich die Aussichten dieser Hilfe nach der Erledigung der Frage der Zollunion günstiger gestalten werden.

Paris, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes bemerkt der „Matin“, die Frage ist äußerst kompliziert. Es handelt sich nicht darum, einen Urteilspruch zu fällen, sondern ein internationales Rechtsgutachten abzugeben. Aus den Ausführungen des „Journal“ zu diesem Gutachten ist wieder einmal zu erkennen, daß man in Frankreich in der maßgebenden Presse die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion immer nur vom rein politischen Gesichtspunkt aus behandelt.

Solowkos letzte Fahrt.

Am Montag wurde die Leiche des ermordeten Abgeordneten Solowko auf den Bahnhof in Truskawiec übergeführt. Die Trauerandacht hielt der Geistliche der Lemberger evangelischen Gemeinde A. und S. Bekennnisses, Pfarrer Dr. Kesslering. An der Überführung der Leiche nahmen zahlreiche Delegationen teil, auch ein Abgeordneter der ukrainischen Undo-Partei war zugegen. Auf dem Bahnhof hielten Ansprachen Dr. Jarosz und ein Vertreter der jüdischen Bevölkerung. Über der Villa, in welcher der Mord verübt wurde, wehte eine Trauerfahne. Sämtliche Laternen in den Straßen, die der Trauerzug passierte, waren mit Trauerflor verhängt.

Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr fand die Beerdigung des so tragisch verstorbenen Abgeordneten Solowko, der auch Inhaber des Ordens Virtuti Militari war, in Warschau mit militärischen Ehren statt. Auf dem Bahnhof verabschiedete Superintendent Skierka, der Senior der evangelisch-reformierten Kirche, vor dem Sarge Gebete, worauf er eine erhebende Predigt hielt. Neben dem Sarge hatten Platz genommen: die nächste Familie des Verstorbenen, als Vertreter des Präsidenten der Republik, Oberst Glogowski, die Regierung in ihrer Gesamtheit mit dem Ministerpräsidenten Prystor an der Spitze, die Marschälle des Sejm und des Senats, Mitglieder des diplomatischen Korps, sowie der gesetzgebenden Körperschaften, die Generalität mit dem Vizeminister General Fabrycy und dem Generalstabschef Piskor an der Spitze, sowie zahlreiche Scharen der Freunde des Verstorbenen. Nach der Predigt des Superintendenten trugen die nächsten Freunde des Ermordeten den Sarg vor den Bahnhof, von wo sich der Trauerzug zum Friedhof in Bewegung setzte. Hier sprachen u. a. im Namen des Regierungsblocks Oberst Skawek, ferner der Vizeminister im Außenministerium Oberst Beck, Abgeordnete Pemny im Namen der ukrainischen Bevölkerung aus Wolhynien. Oberst Beck betonte in seiner Ansprache die großen Ideale, von denen der Verstorbene in seiner sozialen und politischen Tätigkeit beseelt war.

Der gegenwärtig in Genf weilende polnische Außenminister August Zaleski schlug in einem Beileids-telegramm an den Vorsitzenden des Regierungsklubs Skawek die Errichtung eines Denkmals für Solowko in Truskawiec vor, und zeichnete als erster für diesen Zweck 200 Zloty.

Die „Undo“ und die ukrainische parlamentarische Vertretung verurteilen den Mord.

Lemberg, 2. Septbr. (P.M.) Im gestrigen „Dilo“ wurde ein gemeinsames Communiqué der Undo und des Präsidiums der ukrainischen parlamentarischen Vertretung über den an dem Abg. Tadeusz Solowko verübten Mord veröffentlicht. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Das Vollzugskomitee der ukrainischen nationaldemokratischen Vereinigung und das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretungen stellen fest:

1. Die ukrainische nationaldemokratische Vereinigung hat sich stets aus grundsätzlichen Rücksichten den Methoden des persönlichen oder weissenweissen Terrors als eines

